



Das Schweigen durchbrechen

In Ruanda lernen Jugendliche, dass eine HIV-Infektion ihrem Lebensweg nicht im Weg stehen muss.

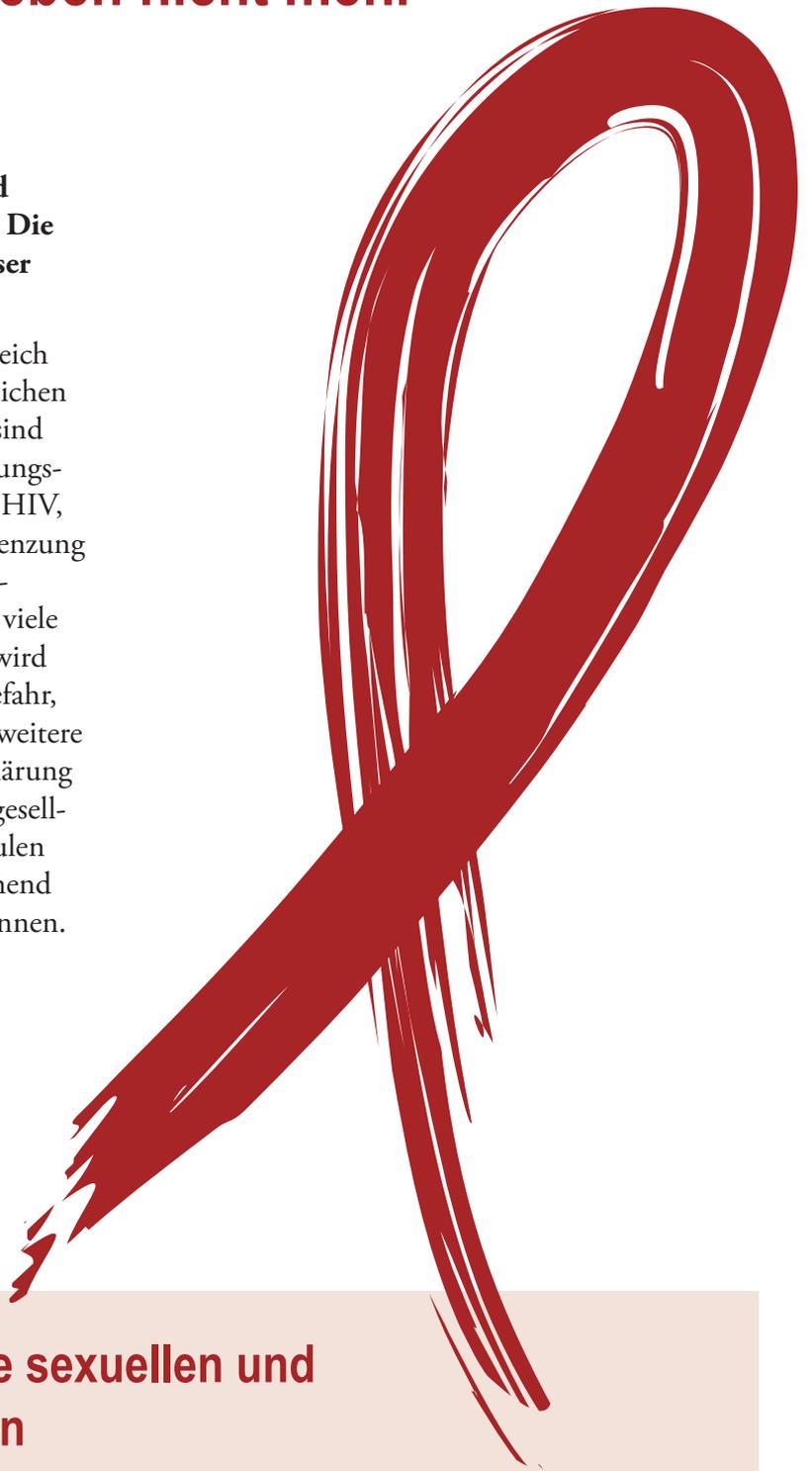
Herausgegeben von:

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Wenn ein normales Leben nicht mehr möglich scheint

Wer sich in Ruanda mit HIV infiziert, wird gesellschaftlich stigmatisiert und geächtet. Die wenigsten wissen, dass ihnen auch mit dieser Diagnose alle Möglichkeiten offenstehen.

Ruanda hat die Verbreitung von HIV erfolgreich eingedämmt. Doch ausgerechnet bei Jugendlichen sinken die Neuinfektionen nicht weiter: Sie sind wenig aufgeklärt und nutzen seltener Verhütungsmittel als Erwachsene. Infizieren sie sich mit HIV, haben sie zudem mit gesellschaftlicher Ausgrenzung zu kämpfen. Sie werden gemobbt und gemieden, ihre Chancen auf einen Job schwinden, viele brechen die Schule ab. Ein Leben in Armut wird dadurch wahrscheinlicher – und auch die Gefahr, dass sie die Krankheit verborgen halten und weitere Personen anstecken. Umfassende Sexualaufklärung könnte helfen, doch diese ist in Ruanda ein gesellschaftliches Tabu: Weder Familien noch Schulen informieren Kinder und Jugendliche ausreichend darüber, wie sie sich und andere schützen können.



Jugendliche fordern ihre sexuellen und reproduktiven Rechte ein

Mithilfe des Projekts „Jugendliche fordern ihre sexuellen und reproduktiven Rechte ein“ haben junge Menschen begonnen, das Schweigen zu durchbrechen und sich gegenseitig über sexuelle Gesundheit aufzuklären. Jugendliche, insbesondere Teenager-Mütter, wurden gestärkt, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte und die Rechte ihrer Kinder einzufordern. Eltern, Lehrer*innen, Gesundheitspersonal und Vertreter*innen von lokalen Behörden wurden durch das Projekt besser über die Rechtslage und Pro-

blematik informiert. Das Projekt wurde beim Wettbewerb „Agents of Change – Innovation für Kinder- und Jugendrechte“ ausgewählt und vom Sektorvorhaben Menschenrechte im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Kooperation mit dem Vorhaben „Stärkung des rechtebasierten Ansatzes zivilgesellschaftlicher Organisationen“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Ruanda durchgeführt.

„Ihr könnt alles erreichen, lasst euch nicht unterkriegen!“

Nadia, 25, begleitet und berät rund 200 HIV-infizierte Kinder und Jugendliche in Gesundheits- und Lebensfragen:*

Ich habe erst als Teenager erfahren, weshalb ich mein ganzes Leben lang Medikamente nehmen musste. Aber nicht etwa von meiner Familie oder den Ärzt*innen: Nein, ich hörte Gerüchte im Dorf, dass ich mit HIV infiziert sein könnte. Die Nachricht hat mir den Boden unter den Füßen weggezogen. Ich wusste kaum etwas über die Krankheit und die spärlichen Informationen aus dem Schulunterricht waren viel zu oberflächlich, als dass ich einzuordnen vermochte, was diese Diagnose bedeutete. Ich wusste nur, dass es für meine Zukunft ein Desaster sein würde.

Als HIV-Infizierte ist man in Ruanda nichts wert. Rechtlich sind wir natürlich gleichgestellt mit den Gesunden, aber die soziale Ächtung ist groß. Wenn die Erkrankung bekannt wird, droht mitunter die Kündigung, in der Schule wenden sich die Freunde von uns ab und auch finanziell wird es dadurch oft schwieriger. Viele Familien verschweigen die Krankheit daher lieber. Wird sie bekannt, brechen die Kinder häufig die Schule ab. Sie sehen keinen Sinn mehr im Lernen, weil sie glauben, im Leben nun ohnehin nichts mehr erreichen zu können. Da die meisten Jugendlichen genauso wenig aufgeklärt sind wie ich damals, lassen sie sich eventuell nicht vernünftig ärztlich behandeln oder verbreiten die Krankheit sogar weiter.

Ich studiere heute Finanzbuchhaltung an der University of Kigali. Damit gehöre ich zu den wenigen HIV-Infizierten, die den Weg an eine Universität gefunden haben. Geholfen hat mir vor allem die Nichtregierungsorganisation

Rwandan Network for People Living With HIV/ Aids (RRP+), die mir mein Selbstbewusstsein wiedergegeben hat: Ich musste erst lernen, dass auch ich etwas wert bin und meinen eigenen Lebensweg bestimmen kann. Und dass ich trotz der Diagnose alles machen und an allem teilhaben kann. Diese Botschaft gebe ich heute als freiwillige Begleiterin an über 200 junge Menschen mit HIV-Infektion weiter. Begonnen haben wir mit Diskussionsgruppen, ich mache aber auch Hausbesuche. Darin geht es um Zugang zu antiretroviralen Medikamenten und um Pflege bei Erkrankungen, um Selbstbewusstsein, sexuelle Aufklärung und HIV-Prävention. Ich ermutige und motiviere die Jugendlichen und sage ihnen, dass ihre Krankheit kein Fluch ist. Dass sie viel erreichen können, wenn sie sich anstrengen. Und dass sie natürlich auch mit Nicht-Infizierten Kontakt haben und zusammenarbeiten können.

Dieser Austausch verändert für die Jugendlichen nahezu alles. Es ist eine ganz neue Erfahrung für sie, offen mit anderen über ihre Situation zu sprechen. Viele Teilnehmer*innen wussten vorher kaum etwas über ihren eigenen Gesundheitszustand. Sie können ihre Krankheit nun ganz anders einschätzen und damit umgehen. Vor allem aber sehen sie wieder eine Perspektive und nehmen ihr Leben in die Hand. In einem meiner Workshops zum Beispiel waren zehn der zwanzig Teilnehmer*innen kurz davor, die Schule abzubrechen. Aber während des Workshops – und auch, weil sie gesehen haben, dass ich studiere – haben sie sich umentschieden. Sie wollen jetzt einen Abschluss machen und schmieden Pläne für die Zukunft.

**Name geändert.*



Die Situation in Ruanda

Keine Kondome für Minderjährige

Über sexuelle Gesundheit entscheiden Erwachsene, so jedenfalls sieht es das Gesetz in Ruanda: Wer hier Verhütungsmittel erstehen oder sich auf HIV testen lassen möchte, muss dafür mindestens 18 Jahre alt sein – oder die Zustimmung der Eltern vorweisen. Das Gesetz erschwerte es den Jugendlichen, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte wahrzunehmen. Es verschärft zudem ein Problem, das gesellschaftlich tief verankert ist, denn Sexualaufklärung ist in den meisten Familien ein Tabu. Zwar steht Sexualekunde seit 2016 auch auf dem Lehrplan für alle Schulformen, doch die Umsetzung wird kaum nachgehalten. Die Folge: Die meisten Teenager nutzen keine Verhütungsmittel und die wenigsten lassen sich auf HIV testen. So kommt es weiterhin zu ungewollten Schwangerschaften und neuen HIV-Infektionen unter Jugendlichen.

Das Projekt

Sich selbst und andere schützen

Obwohl HIV-positiven Jugendlichen in Ruanda Beratungsangebote und medizinische Versorgung zur Verfügung stehen, verhindert das gesellschaftliche Stigma eine Verbesserung ihrer Situation. Das Projekt „Jugendliche fordern ihre sexuellen und reproduktiven Rechte ein“ setzte hier an: Es stärkte minderjährige Mütter und jugendliche HIV-Infizierte darin, ihre Erfahrungen weiterzugeben und so das allgemeine Schweigen über Sexualität, reproduktive Gesundheit und Familienplanung zu durchbrechen.

Für das Projekt wurden rund 150 minderjährige Mütter und HIV-Infizierte als Begleiter ausgebildet, die zu Vertrauenspersonen und Vorbildern für andere Betroffene wurden. Zusammen klärten sie über 3.000 Teenager in persönlichen Gesprächen und Workshops zu sexueller Gesundheit auf. In diesen Peer-to-Peer-Trainings wurden die Kinder und Jugendlichen über ihre reproduktiven Rechte informiert, sie konnten sich austauschen und altersgemessene Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Knapp 4.000 Männer und Frauen nahmen auch an den öffentlichen Aufklärungsveranstaltungen des Projekts teil. Darüber hinaus bot das Projekt Teenager-Müttern Rechtsbeistand und Unterstützung bei der Registrierung ihrer

Beides bedeutet für die Betroffenen starke Einschränkungen: Minderjährige Mütter werden als unmoralisch stigmatisiert und haben häufig finanzielle Probleme. Jugendliche, die HIV-positiv sind, kämpfen neben ihren gesundheitlichen Problemen damit, dass sie gesellschaftlich ausgeschlossen werden. Obwohl ihnen Medikamente und Behandlung zustehen – ab einem Alter von 12 Jahren dürften HIV-positive Jugendliche auch ohne elterliche Zustimmung einen Arzt aufsuchen –, fordern sie diese in vielen Fällen nicht ein. Während fast 90 Prozent der erwachsenen HIV-Infizierten antiretrovirale Behandlung erhalten, sind es bei den unter 15-Jährigen nur 50 Prozent. Unwissen über die Krankheit und die Übertragungswege sorgen dafür, dass die jungen Menschen ihr Leben nicht selbstbestimmt gestalten, ihre Krankheit nicht angemessen behandeln und womöglich andere gefährden.

Kinder. Es schulte Behördenmitarbeiter*innen zu den Themen Kinderrechte und Geburtenregistrierung sowie Lehrer*innen zur Bedeutung von Sexualekundeunterricht und der Situation junger Mütter und HIV-Infizierter. So können sie Betroffene zukünftig besser unterstützen, wenn sie etwa die Schule weiterführen oder ihre Kinder amtlich melden möchten. In einigen Bezirken beispielsweise dürfen Teenager-Mütter ihre Neugeborenen von nun an bei den Standesämtern registrieren lassen, ohne die Identität des Vaters nachzuweisen. Außerdem setzte das Projekt sich für freien Zugang zu Verhütungsmitteln und zu HIV-Tests für unter 18-Jährige ein. So trug das Projekt zu einem Rückgang von Teenager-Schwangerschaften bei und verbesserte die Geburtenregistrierung von Kindern von minderjährigen Müttern.

Auch nach Ende des Projekts führen die jugendlichen Mütter und HIV-Infizierten, die als Begleiter*innen ausgebildet wurden, ihre Arbeit an Schulen und in ihren Dörfern fort. Aufklärungsclubs, die an verschiedenen Schulen gegründet wurden, informieren mit Unterstützung von Pädagog*innen weiterhin über sexuelle und reproduktive Gesundheit.

Pilotprojekte

Das GIZ-Sektorvorhaben Menschenrechte setzte im Rahmen des Human Rights Innovation Lab in den Jahren 2018 – 2020 zahlreiche Pilotprojekte gemeinsam mit GIZ-Auslandsvorhaben und lokalen Nichtregierungsorganisationen um. Es entstanden innovative Ansätze zum Mainstreaming des Menschenrechtsansatzes (MRA) in ganz unterschiedlichen Themenfeldern, zum Beispiel Digitalisierung, Geburtenregistrierung und Gesundheit. Die in den „Human Impact Stories“ vorgestellten

Pilotprojekte zeigen, wie das Qualitätsmerkmal „Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion“ in verschiedenen Kern- und Initiativthemen in den Auslandsvorhaben verankert werden kann und innovative Lösungen für aktuelle entwicklungspolitische Herausforderungen schafft. Selbst in Konfliktsituationen und in politisch sensiblen Kontexten beförderte der MRA die Entwicklung neuer Instrumente und Ansätze und damit die Stärkung der Menschenrechte vor Ort.

Der Menschenrechtsansatz

Jeder Mensch hat angeborene Menschenrechte. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Menschenrechte zielen darauf ab, jedem Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft mit anderen zu ermöglichen. Sie sind in internationalen und regionalen Menschenrechtsabkommen verankert, die von den meisten Staaten der Welt unterzeichnet wurden.

Zu den Menschenrechten zählen beispielsweise die Rechte auf Bildung, auf Gesundheit, auf einen angemessenen Lebensstandard, Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Schutz vor Gewalt und Schutz des Privatlebens. Werden einzelne Menschen oder gesellschaftliche Gruppen in ihren Rechten verletzt, so behindert dies die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung des gesamten Landes. Umgekehrt ist die Realisierung der Menschenrechte eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltige, inklusive Entwicklung.

Deshalb ziehen sich Menschenrechte prominent durch die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, ebenso wie das Prinzip „Niemanden zurücklassen“ („Leave no one behind“, LNOB). Dieses Prinzip lenkt den Fokus auf in extremer Armut lebende sowie stark benachteiligte Menschen und Bevölkerungsgrup-

pen und zielt darauf ab, dass alle Menschen gleichermaßen an den Entwicklungsprozessen teilhaben können.

Menschenrechte sind Leitprinzip deutscher Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit allen Partnerländern. Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion sind eines von sechs Qualitätsmerkmalen der deutschen EZ. Der MRA fördert in allen Themen- und Handlungsfeldern der EZ nicht nur die Erfüllung der einzelnen Rechte, sondern auch die Umsetzung der Menschenrechtsprinzipien Partizipation, Empowerment, Nicht-Diskriminierung und Chancengleichheit sowie Rechenschaftspflicht und Transparenz.

EZ-Projekte, die ihrer Arbeit den MRA zugrunde legen, adressieren die strukturellen Ursachen von Ungleichheiten und diskriminierenden Praktiken wie zum Beispiel die Marginalisierung von Frauen oder ethnischen Minderheiten in Bildungssystemen. In der Umsetzung unterstützen sie sowohl die staatlichen Institutionen und Akteure, die Rechte der Bevölkerung zu schützen und zu gewährleisten, als auch die Zivilgesellschaft und Bevölkerung, ihre Rechte zu kennen und einzufordern.

Jugendliche fordern ihre sexuellen und reproduktiven Rechte ein

Laufzeit	01.07.2018 – 31.08.2019
Finanzvolumen	100.000 €
Partnervorhaben	GIZ-Vorhaben „Stärkung des rechtebasierten Ansatzes zivilgesellschaftlicher Organisationen“
Kooperationspartner	Rwandan Network for People Living with HIV/Aids (RRP+) HAGURUKA (Women and children's rights organisation) Great Lakes Initiatives for Human Rights and Development (GLIHD) Youth Association for Human Rights Promotion and Development (AJPRODHO) Health Development Initiative (HDI)
Kontakt	sv-menschenrechte@giz.de

Kinderechte im Fokus

Recht auf Gesundheitsvorsorge (Artikel 24, KRK)

Recht auf Geburtsregister, Name und Staatsangehörigkeit (Artikel 7, KRK)

SDGs im Fokus



Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 – 5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15
E info@giz.de
I www.giz.de

Bezeichnung Programm/Projekt:
Sektorvorhaben Menschenrechte

Verantwortlich:
Viola Bölscher,
Leiterin Sektorvorhaben Menschenrechte
Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 32+36, 53113 Bonn

Redaktion und Design:
Bunny Island GmbH
Geschäftsführer: Sarah Klein, Eva-Maria Verfürth
Kessenicherstr. 197, 53129 Bonn

Illustration:
Taniah Andriamanga

Layout:
Jan Walter Hofmann

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation
verantwortlich.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Referat
Menschenrechte, Gleichberechtigung, Inklusion
RL412@bmz.bund.de

Bonn 2021

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung